LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN **Drucksache 8/3986**
8. Wahlperiode **26.08.2024**

KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Constanze Oehlrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktuelle Situation des Hilfe- und Beratungsnetzes für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Welche Zuwendungen in welcher Höhe gingen und gehen in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt sowie jeweils pro Einrichtung an die Einrichtungen des Hilfe- und Beratungsnetzes für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (bitte nach Einrichtungsarten sowie Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt ausweisen)?

   a) Welche Summe wurde davon je Einrichtung für Sachkosten aufgewendet?
   b) Welche Summe davon wurde je Einrichtung für wie viele Personalstellen aufgewendet (bitte nach Personalstellen für die Belange von Erwachsenen und für die Belange von Kindern getrennt ausweisen)?
   c) Wie gestaltete sich in prozentualen Anteilen das Verhältnis der Landesförderung zur kommunalen Kofinanzierung (bitte nach Einrichtungsarten, Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt ausweisen)?

Die Fragen 1, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Auf die Anlage wird verwiesen.
Die Zahlen beruhen auf den Angaben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern als zuständige Bewilligungsbehörde.

Die Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz hat namens der Landesregierung die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 26. August 2024 beantwortet.

Für den Zeitraum 2023 sind im Fördermittelmanagementsystem alle Änderungsanzeigen der Träger aus dem Jahr 2023 berücksichtigt. Nicht berücksichtigt sind gegebenenfalls vorliegende Änderungen aus Verwendungsnachweisen.

Für den Zeitraum 2024 wird der aktuelle Stand (19. August 2024) der im Fördermittelmanagementsystem abgebildeten Beträge berücksichtigt. Die noch nicht abschließend geprüften oder lediglich angezeigten Änderungen finden sich in der Darstellung nicht wieder.

2. Inwiefern hat die Landesregierung die Erhöhung der Personalkostenpauschale um 5,5 Prozent entsprechend der TV-L Tarifentwicklung in den Haushaltsmitteln für die Zeit ab 2025 eingeplant?
Wenn die Landesregierung die Erhöhung der Personalkostenpauschale bislang noch nicht eingeplant hat, wann hat sie vor, dies nachzuholen?

Die Landesregierung gewährt keine Pauschalen für die Personalausgaben, sondern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einen Zuschuss zu den tatsächlichen Personalausgaben der Träger für den Betrieb der Einrichtungen des Beratungs- und Hilfenetzes. Dieser Zuschuss wird seit 2018 jährlich um 2,3 Prozent dynamisiert, gerade um tariflichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

3. Mit welchen Maßnahmen, insbesondere mit wie vielen zusätzlichen Stellen für das Hilfe- und Beratungsnetz, hat die Landesregierung seit 2020 auf die stetig steigenden Betroffenenzahlen im Bereich häusliche und sexualisierte Gewalt reagiert (bitte nach Institutionen, Landkreisen, kreisfreien Städten und Jahren getrennt darstellen)?

   a) Wann ist das Forschungsvorhaben des Rostocker Instituts für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V. abgeschlossen und wann ist mit einer Landesstrategie zu rechnen?
   b) Erachtet die Landesregierung die getroffenen Maßnahmen als ausreichend, um dem gestiegenen Beratungs- und Hilfebedarf zu begegnen?
   c) Falls die Landesregierung die getroffenen Maßnahmen als nicht ausreichend erachtet, welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung?

Die Fragen 3, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Das Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V. hat die „Evaluation des Dritten Landesaktionsplans zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt unter dem Vorzeichen der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Schwerpunkt auf dem Beratungs- und Hilfenetz“ am 11. April 2024 im Rahmen eines Fachtages an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow vorgestellt.

Das Forschungsvorhaben wurde am selben Tag veröffentlicht (https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/jm/Zustaendigkeiten/Frauen-und-Gleichstellung/Krisensituationen/).

Auf Grundlage dieser Evaluation und mit den Vorgaben aus der Istanbul-Konvention wird jetzt eine Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erarbeitet, deren Verabschiedung für das Jahr 2026 geplant ist. In dieser Landesstrategie werden insbesondere Maßnahmen für das spezialisierte Beratungs- und Hilfenetz für häusliche und sexualisierte Gewalt erarbeitet. Unabhängig davon werden seit dem Jahr 2018 die Personal- und Sachkosten jährlich um 2,3 Prozent dynamisiert.

4. Welche Einrichtungen des Hilfe- und Beratungsnetzes in Mecklenburg-Vorpommern bieten nach Kenntnis der Landesregierung aufsuchende Beratungen an (bitte nach Institutionen, Landkreisen, kreisfreien Städten getrennt darstellen)?

   a) Inwieweit wird dieses Angebot durch die Bereitstellung von bestimmten Sachmitteln (Dienstwagen, Reisekosten u. ä.) und Personalmitteln durch die Landesregierung unterstützt?
   b) Wie bewertet die Landesregierung dieses Angebot und inwiefern ist die aufsuchende Beratung weiter auszubauen?

Die genaue Aufschlüsselung der einzelnen Einrichtungen, die aufsuchende Beratung anbieten, nach Landkreisen und kreisfreien Städten liegt der Landesregierung nicht vor. Im Rahmen der Evaluation des 3. Landesaktionsplans wurde ermittelt, wie viele Einrichtungen, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Einrichtungsarten, aufsuchende Beratung in der eigenen Häuslichkeit anbieten. Diese werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Einrichtungen	**Anzahl der aufsuchenden Beratung**
Frauenschutzhäuser	1
Beratungsstellen häusliche Gewalt	8
Interventionsstellen	5
Fachberatungsstelle sexualisierte Gewalt	1
Fachberatungsstelle Menschenhandel	1
Gewalt- und Täterberatung	0
Gesamtanteil von Orten, an denen Beratung durchgeführt wird (in Prozent): 53,3	

* Quelle: Evaluation des Dritten Landesaktionsplans zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt unter dem Vorzeichen der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Schwerpunkt auf dem Beratungs- und Hilfenetz, Seite 102, Tabelle 17

Die Evaluation macht deutlich, dass neben der aufsuchenden Beratung auch digitale Beratung per Video und Chat, telefonische Beratung sowie Sprechstunden in anderen Einrichtungen und mobile Beratung angegeben werden. Welche Beratung für die betroffene Person sinnvoll ist, hängt vom Einzelfall ab. Dabei ist u. a. die konkrete Gefährdungslage einzubeziehen.

Zu a) und b)

Die vom Land gewährte Sachkostenpauschale kann unter anderem für abzurechnende Reisekosten und Dienstwagen verwendet werden. Dies ist Sache des Arbeitgebers. Der Landesregierung ist es ein Anliegen, ein breites Angebotsspektrum zu fördern, welches unterschiedliche Beratungsformen, wie in der Antwort zu Frage 4 dargestellt, beinhaltet. Hierzu gehören neben den festen Beratungsangeboten am Standort der Einrichtungen auch die aufsuchende und mobile Beratung.

5. Wie hoch waren nach Kenntnis der Landesregierung die prozentuale und die absolute Auslastung bzw. die Anzahl aufgenommener Frauen und Kinder in den einzelnen Frauenhäusern Mecklenburg-Vorpommerns im Jahr 2023 (bitte nach Frauen, Kindern, Ort/Frauenhaus getrennt ausweisen)?
Wie viele hilfesuchende Frauen und Kinder mussten im Jahr 2023 von den Frauenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden?

In nachstehender Tabelle wird die Anzahl der Frauen und Kinder, die im Jahr 2023 neu in einem Frauenschutzhaus aufgenommen wurden, dargestellt. Die Tabelle berücksichtigt nicht Frauen, die im Jahr 2022 in die Häuser aufgenommen wurden und im Jahr 2023 noch in diesen verblieben. Eine systematische Erfassung des Auslastungsgrades erfolgt nicht.

Frauenschutzhaus	Erwachsene	Kinder
Greifswald	38	38
Güstrow	33	42
Ludwigslust	20	26
Neubrandenburg	21	32
Ribnitz-Damgarten	17	19
Rostock	38	43
Schwerin	28	22
Stralsund*	9	4
Wismar	21	22
Gesamt	225	248

* Das Frauenhaus Stralsund wird momentan renoviert. Für diese Zeit wurden Schutzwohnungen angemietet, um Frauen und ihren Kindern auch in der Übergangszeit Schutz gewährleisten zu können.

Eine systematische Erfassung der Anzahl von Frauen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht im Frauenschutzhaus aufgenommen werden können, erfolgt nicht. Nicht jede Einrichtung erhebt jährlich Daten zur Anzahl von abgewiesenen Frauen. Ausweislich der Evaluation konnten im Jahr 2022 insgesamt 306 Mal Frauen aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten nicht aufgenommen werden. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass auch im Jahr 2023 Frauen und Kinder aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten abgewiesen werden mussten.

Nach den Sachberichten der Einrichtungen für das Jahr 2023 wurden alle Frauen und Kinder, die nicht aufgenommen werden konnten, bei der Suche nach einem anderen Frauenhausplatz oder einer anderen Schutzmöglichkeit unterstützt.

6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Landesregierung die prozentuale und die absolute Auslastung bzw. die Anzahl beratener Fälle in den Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie in den Interventionsstellen im Jahr 2023 (bitte nach Frauen, Kindern, einzelnen Beratungs- und Hilfsangeboten getrennt ausweisen)?

In den nachstehenden Tabellen werden die Anzahl der beratenen Frauen und Kinder in den Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher Gewalt, den Interventionsstellen und den Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt für das Jahr 2023 getrennt voneinander dargestellt. Die Tabellen berücksichtigen nicht solche Personen, die bereits im Jahr 2022 erstmals in einer Beratungsstelle betreut wurden und über das Jahr 2022 hinaus auch im Jahr 2023 weiterhin betreut wurden. Eine systematische Erfassung des Auslastungsgrades erfolgt nicht.

Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher Gewalt	**Erwachsene**	**Mitbetroffene Kinder**
Bad Doberan	75	59
Bergen	42	32
Grevesmühlen	52	61
Parchim	44	90
Pasewalk	47	75
Waren	57	74
Wolgast	22	16
gesamt	**339**	**407**

Interventionsstellen	**Erwachsene**	**Mitbetroffene Kinder**
Anklam/Wolgast	375	447
Neubrandenburg	345	337
Rostock	762	803
Schwerin	923	1 090
Stralsund	460	446
gesamt	**2 865**	**3 123**

Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt	**Erwachsene**	**Betroffene Kinder/ Jugendliche (Alter 0 bis 17)**
Anklam	*	*
Greifswald	*	55
Neubrandenburg	21	9
Rostock	183	129
Schwerin	26	8
Stralsund	102	73
gesamt	**332**	**274**

* Die Daten liegen dem Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz noch nicht vor.

7. Wie viele Dienstwagen gibt es in den Frauenhäusern, Beratungsstellen, Interventionsstellen und der Koordinierungsstelle (bitte nach einzelnen Beratungs- und Hilfsangeboten, Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt ausweisen)?

Grundsätzlich sind die Träger der Einrichtungen frei darin, die vom Land für Sachkosten bereitgestellten finanziellen Mittel auch für einen Dienstwagen zu verwenden. Die Evaluation des Beratungs- und Hilfenetzes schlüsselt die Verfügbarkeit von Dienstwagen nach Einrichtungsarten auf. Eine Aufschlüsselung nach Landkreisen und kreisfreien Städten liegt der Landesregierung nicht vor. Die Verfügbarkeit lässt sich der folgenden Tabelle (*) entnehmen.

Einrichtungen	**Mobilitätsmöglichkeiten der Mitarbeitenden nach Einrichtungsart/ Anzahl der Einrichtungen**	
	mindestens ein Dienstwagen vorhanden	**geteilte Dienstwagennutzung**
Frauenschutzhäuser	7	0
Beratungsstellen häusliche Gewalt	1	3
Interventionsstellen	3	1
Fachberatungsstelle sexualisierte Gewalt	1	1
Fachberatungsstelle Menschenhandel	1	0
Gewalt- und Täterberatung	1	0
gesamt	**14**	**5**

* Quelle: Evaluation des Dritten Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt unter dem Vorzeichen der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Schwerpunkt auf dem Beratungs- und Hilfenetz, Seite 194, Tabelle 37

8. Durch welche Maßnahmen arbeitet die Landesregierung darauf hin, die in der Istanbul-Konvention enthaltene Vorgabe der Schaffung von 2,59 Plätzen pro 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Frauenhäusern zu erfüllen?

Das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (kurz Istanbul-Konvention – IK) enthält keine konkreten Vorgaben zum Vorhalten von Frauenhausplätzen. Artikel 23 IK sieht vor, dass „die Vertragsparteien […] die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen (treffen), um die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Opfern, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen und aktiv auf Opfer zuzugehen.“

In den Erläuterungen zu Artikel 23 IK heißt es:

„Im Abschlussbericht der Task Force des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (EG-TFV (2008)6) wird eine sichere Unterkunft für Frauen in Frauenhäusern empfohlen, die auf alle Regionen verteilt sind und eine Familie pro 10 000 Einwohner aufnehmen können. Die Anzahl der Schutzunterkünfte sollte sich jedoch nach dem tatsächlichen Bedarf richten. Auch für Opfer sonstiger Formen von Gewalt hängt die Anzahl der Einrichtungen vom tatsächlichen Bedarf ab.“

Die Erläuterungen der IK verweisen damit auf Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Task Force, machen jedoch deutlich, dass sich die Anzahl der Schutzunterkünfte nach dem tatsächlichen Bedarf des jeweiligen Landes/Staates richtet. Dies wird im Rahmen der Erarbeitung der Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention aufgegriffen.

9. Gibt es Gespräche zwischen Land und Kommunen mit dem Ziel, die kommunale Förderhöhe pro Einwohnerin bzw. Einwohner landesweit anzugleichen?

   a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
   b) Wenn nicht, warum nicht?

Die Fragen 9, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Gespräche zu dieser konkreten Fragestellung gibt es derzeit nicht. Es gibt einen konstruktiven und regelmäßigen Austausch mit den Kommunen und Landkreisen, insbesondere den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, zu Fragen der Finanzierung des Beratungs- und Hilfenetzes.

10. Inwieweit gibt es einen Dolmetschendenpool, auf den die Einrichtungen des Hilfenetzes zurückgreifen können, wenn sich insbesondere Menschen, die der deutschen Sprache nicht oder nicht ausreichend mächtig sind, an sie wenden (bitte nach einzelnen Hilfsangeboten, Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt ausweisen)?

    a) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. plant die Landesregierung zu ergreifen, um den sprachlichen Austausch zwischen Betroffenen und Beratungsangeboten zu verbessern?
    b) Welche finanziellen Mittel werden für die Verbesserung des sprachlichen Austausches zwischen Betroffenen und Beratungsangeboten bereitgestellt?

Die Einrichtungen des Hilfenetzes können – unabhängig von weiteren im Land bestehenden Dolmetscher- bzw. Sprachmittlerbüros – auf die drei regionalen Sprachmittlerpools des Sprachmittlungsnetzwerks Mecklenburg-Vorpommern zurückgreifen, soweit eine gelingende Verständigung mit Zugewanderten ohne deren Inanspruchnahme nicht möglich ist.

Zu diesen Sprachmittlerpools zählen Sprint Rostock für die Hansestadt Rostock und den Landkreis Rostock, Lingo für die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Greifswald sowie SPuK (Sprach- und Kommunikationsmittlung) für Schwerin und die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg. Nähere Informationen zu diesen Angeboten sind einsehbar auf Sprachmittlungsnetzwerk - Regierungsportal M-V (regierung-mv.de).

Zu a)

Der Verbesserung des sprachlichen Austausches und der Verständigung in Einrichtungen und Behörden dient insbesondere die oben genannte durch das Land mit kommunaler Unterstützung geschaffene Sprachmittlungsstruktur in Form mehrerer regionaler Sprachmittlerpools. Diese akquirieren und vermitteln Zugewanderte mit Fremdsprachenkenntnissen. Dies wird durch ein Netzwerkprojekt flankiert, das für einen intensiven landesweiten Transfer von Erfahrungen und Instrumenten zur Qualitätssicherung sorgt. Die genannten Maßnahmen werden im engen Austausch mit allen Beteiligten begleitet, mit dem Ziel, die Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Zu b)

Das Land hat im Jahr 2023 191 546,87 Euro für die Sprachmittlerpools und das Netzwerkprojekt eingesetzt. Im Jahr 2024 sind Landesmittel in gleicher Höhe eingeplant.

Anlage zu Frage 1

Auswertung 2023

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben haupt-amtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Frauenschutzhaus Ludwigslust	187 833,54	18 777,00	169 056,54	2,47	95 586,11	92 247,43	50,89	49,11
Frauenschutzhaus Güstrow	221 209,96	18 777,00	199 285,17	3,00	115 041,79	98 290,37	52,01	44,43
Frauenschutzhaus Greifswald	176 197,21	18 777,00	157 420,21	2,52	95 917,53	80 279,68	54,44	45,56
Frauenschutzhaus Wismar	148 536,88	18 674,00	129 862,88	2,63	100 141,38	48 395,50	67,42	32,58
Frauenschutzhaus Stralsund	79 562,77	38 723,86	40 838,91	0,45	59 726,86	19 835,91	75,07	24,93
Frauenschutzhaus Ribnitz-Damgarten	155 398,29	16 777,00	138 621,29	2,12	79 268,93	76 129,36	51,01	48,99
Frauenschutzhaus Neubrandenburg	165 048,60	16 777,00	147 266,60	2,67	94 253,05	70 795,55	57,11	42,89
Frauenschutzhaus Schwerin	193 086,27	18 777,00	174 309,27	2,75	104 128,04	88 958,23	53,93	46,07
Frauenschutzhaus Rostock	338 802,96	16 777,00	309 164,96	4,00	132 933,00	205 869,96	39,24	60,76
Zwischensumme	**1 665 676,48**	**182 836,86**	**1 465 825,83**	**22,61**	**876 996,69**	**780 801,99**	**52,65**	**46,88**
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Anklam	31 890,96	10 230,00	21 660,96	0,37	21 053,33	2 607,90	66,02	8,18
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Greifswald	102 720,99	10 230,00	92 490,99	1,36	52 368,55	6 000,00	50,98	5,84
Beratungsstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt Neubrandenburg	61 082,60	10 230,00	50 852,60	1,00	41 269,00	14 085,00	67,56	23,06
Beratungsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt Schwerin	63 234,39	10 230,00	53 004,39	0,90	36 365,10	16 300,00	57,51	25,78

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben haupt-amtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Rostock	332 577,51	11 730,00	320 172,51	3,00	104 847,00	227 730,51	31,53	68,47
MISS Beratungsstelle Bergen und Stralsund	174 143,07	11 730,00	162 413,07	2,30	83 119,70	89 882,35	47,73	51,61
Zwischensumme	**765 649,52**	**64 380,00**	**700 594,52**	**8,93**	**339 022,68**	**356 605,76**	**44,28**	**46,58**
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Waren	107 783,18	10 912,00	96 871,18	1,48	56 694,53	17 506,00	52,60	16,24
Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt in Parchim	70 351,06	9 412,00	60 939,06	0,99	40 252,35	27 100,00	57,22	38,52
Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt in Pasewalk	55 656,14	10 912,00	44 744,14	0,75	33 219,73	16 000,00	59,69	28,75
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Grevesmühlen	67 292,78	9 412,00	57 880,78	1,00	40 451,00	5 000,00	60,11	7,43
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Bergen auf Rügen	130 278,39	10 912,00	119 366,39	2,00	72 990,00	44 000,00	56,03	33,77
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Bad Doberan	75 057,26	9 412,00	64 145,26	1,00	41 951,00	27 500,00	55,89	36,64
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Wolgast	48 021,40	9 412,00	38 609,40	0,63	28 811,38	19 210,02	60,00	40,00
Zwischensumme	**554 440,21**	**70 384,00**	**482 556,21**	**7,85**	**314 369,99**	**156 316,02**	**56,70**	**28,19**

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben haupt-amtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Täterberatungsstelle in Greifswald	46 059,96	11 253,00	34 806,96	0,50	26 772,50	15 466,01	58,13	33,58
Täterberatungsstelle in Stralsund	46 059,96	11 253,00	34 806,96	0,50	26 772,50	13 000,00	58,13	28,22
Täterberatungsstelle in Güstrow	41 121,39	11 253,00	29 868,39	0,50	26 772,50	8 000,00	65,11	19,45
Zwischensumme	**133 241,31**	**33 759,00**	**99 482,31**	**1,50**	**80 317,50**	**36 466,01**	**60,23**	**27,37**
Interventionsstelle mit angegliederter Kinder- und Jugendberatungsstelle in Neubrandenburg	147 959,32	23 529,00	124 430,32	2,11	147 959,32			
Interventionsstelle mit angegliederter Kinder- und Jugendberatungsstelle in Schwerin	186 026,85	25 029,00	160 997,85	2,59	186 026,85			
Interventionsstelle mit angegliederter Kinder- und Jugendberatungsstelle in Rostock	218 113,86	25 029,00	193 084,86	2,88	218 113,86			
Interventionsstelle mit angegliederter Kinder- und Jugendberatungsstelle in Stralsund	194 554,25	25 029,00	169 525,25	2,68	194 554,25			
Interventionsstelle mit angegliederter Kinder- und Jugendberatung in Anklam/ Wolgast	158 211,47	23 529,00	134 682,47	2,07	158 211,47			
Zwischensumme	**904 865,75**	**122 145,00**	**782 720,75**	**12,33**	**904 865,75**			

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben haupt-amtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Landeskoordinierungsstelle CORA – Contra Gewalt gegen Frauen und Kinder, Rostock	49 990,91	12 276,00	34 714,91	0,51	49 990,91			
Zwischensumme	**49 990,91**	**12 276,00**	**34 714,91**	**0,51**	**49 990,91**			
Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsverheiratung	84 937,09	20 426,00	64 511,09	1,00	84 937,09			
Zwischensumme	**83 437,09**	**18 926,00**	**64 511,09**	**1,00**	**84 937,09**			
gesamt	**4 157 301,27**	**504 706,86**	**3 630 405,62**	**54,72**	**2 650 500,61**	**1 330 189,78**	**63,76**	**32,00**

Auswertung 2024

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben hauptamtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Frauenschutzhaus Ludwigslust	216 345,16	17 163,00	199 182,16	2,93	104 058,95	112 286,21	48,10	51,90
Frauenschutzhaus Güstrow	220 983,59	17 163,00	202 980,59	3,00	131 284,00	89 699,59	59,41	40,59
Frauenschutzhaus Neubrandenburg	181 688,56	17 163,00	163 520,56	2,80	100 342,60	81 345,96	55,23	44,77
Frauenschutzhaus Greifswald	212 674,32	17 163,00	195 511,32	3,00	106 284,00	106 390,32	49,98	50,02
Frauenschutzhaus Wismar	157 324,12	17 163,00	140 161,12	2,65	96 008,35	61 315,77	61,03	38,97
Frauenschutzhaus Rostock	363 585,84	17 163,00	334 332,26	5,20	135 991,00	227 594,84	37,40	62,60
Frauenschutzhaus Schwerin	210 994,80	17 163,00	193 831,80	3,00	106 284,00	104 710,80	50,37	49,63
Frauenschutzhaus Ribnitz-Damgarten	210 978,00	17 163,00	193 815,00	2,73	98 114,57	112 863,43	46,50	53,50
Frauenschutzhaus Stralsund	179 046,41	17 163,00	150 792,83	3,00	91 430,50	64 118,91	51,07	35,81
Zwischensumme	**1 953 620,80**	**154 467,00**	**1 623 334,81**	**28,30**	**969 797,97**	**960 325,83**	**49,64**	**49,16**
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Greifswald	102 507,02	10 465,00	92 042,02	1,37	49 871,34	5 000,00	48,65	4,88
Beratungsstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt Neubrandenburg	62 121,72	10 465,00	51 656,72	1,00	40 172,00	14 085,06	64,67	22,67
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Rostock	367 544,76	10 465,00	357 079,76	5,15	99 586,00	242 863,99	27,09	66,08
Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Anklam	53 885,87	10 465,00	43 420,87	0,63	29 031,88	4 000,00	53,88	7,42
Beratungsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt Schwerin	60 805,79	10 465,00	50 340,79	0,90	37 201,30	17 300,00	61,18	28,45
MISS Beratungsstelle Bergen und Stralsund	189 036,68	10 465,00	178 571,68	2,75	78 791,10	86 877,43	41,68	45,96
Zwischensumme	**835 901,84**	**62 790,00**	**773 111,84**	**11,80**	**334 653,62**	**370 126,48**	**40,04**	**44,28**

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben hauptamtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Waren	109 766,59	9 628,00	100 138,59	1,46	53 003,19	18 207,87	48,29	16,59
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Bad Doberan	73 690,88	9 628,00	64 062,88	1,00	39 335,00	27 500,00	53,38	37,32
Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt in Parchim	75 246,09	9 628,00	65 618,09	0,98	38 592,33	36 653,76	51,29	48,71
Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt in Pasewalk	61 667,57	9 628,00	52 039,57	0,75	31 908,25	21 000,00	51,74	34,05
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Wolgast	61 858,11	9 628,00	52 230,11	0,75	31 908,25	25 000,00	51,58	40,42
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Grevesmühlen	80 328,00	9 628,00	70 700,00	1,00	39 335,00	7 000,00	48,97	8,71
Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt in Bergen auf Rügen	102 159,94	9 628,00	92 531,94	1,50	54 188,50	33 000,00	53,04	32,30
Zwischensumme	**564 717,18**	**67 396,00**	**497 321,18**	**7,44**	**288 270,52**	**168 361,63**	**51,05**	29,81
Täterberatungsstelle in Stralsund	47 083,25	11 512,00	35 571,25	0,50	26 365,50	14 000,00	56,00	29,73
Täterberatungsstelle in Greifswald	47 083,25	11 512,00	35 571,25	0,50	26 365,50	20 717,75	56,00	44,00
Täterberatungsstelle in Güstrow	43 563,01	11 512,00	32 051,01	0,50	26 365,50	16 500,00	60,52	37,88
Zwischensumme	**137 729,51**	**34 536,00**	**103 193,51**	**1,50**	**79 096,50**	**51 217,75**	**23,17**	37,19
Interventionsstelle Neubrandenburg	187 797,34	24 070,00	163 727,34	2,80	187 797,34			
Interventionsstelle Stralsund	203 020,19	24 070,00	178 950,19	2,68	195 284,61			
Interventionsstelle Rostock	224 846,33	24 070,00	207 210,02	2,88	218 275,10			

Titel	gesamt (in Euro)	Sachausgaben (in Euro)	Personal-ausgaben hauptamtliches Personal (in Euro)	Bewilligte Vollzeit-äquivalente	Landes-zuschuss (in Euro)	Kommunale Mittel (in Euro)	Anteil Land (in Prozent)	Anteil Kommunen (in Prozent)
Interventionsstelle Schwerin	222 591,54	24 070,00	198 521,54	2,80	207 029,05			
Interventionsstelle Anklam/ Wolgast	192 870,80	24 070,00	168 800,80	2,90	186 449,78			
Zwischensumme	**1 031 126,20**	**120 350,00**	**917 209,89**	**14,05**	**994 835,88**			
Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsverheiratung	90 499,97	19 361,00	71 138,97	1,00	90 061,00			
Landeskoordinierungs-stelle CORA	37 895,94	6 279,00	31 616,94	0,44	37 210,25			
Gesamt	**4 651 491,44**	**465 179,00**	**4 016 927,14**	**64,53**	**2 793 925,74**	**1 550 031,69**	**60,07**	**33,32**